



EVP-ED



EUROPA-AKTUELL

Mai/Juni 2008

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Wochen erinnert man sich überall in Europa an die politische Entscheidung zur Einführung des Euros im Mai 1998. In zahlreichen Konferenzen, Kommentaren und Stellungnahmen wird eine Bilanz der erfolgreichen Einführung des Euros gezogen und an die schwierigen politischen Entscheidungen vor 10 Jahren erinnert. Aus Sicht des Europäischen Parlaments lässt sich festhalten: der Euro ist ein unumstrittenes Erfolgsprojekt. Er trägt auf breiter Front zum Wohlstand und der Stabilität in der EU bei. Über 70% der Deutschen bewerten jüngsten Umfragen zu Folge den Euro durchweg positiv. Auch 150 Professoren, die 1998 massive Bedenken gegen die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ohne vollständige gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik geäußert hatten, sind eines Besseren belehrt worden.

Die aktuelle Situation der Weltwirtschaft und die Krise im Bankensektor hat bewiesen, dass es richtig war, in der EU die gemeinsame europäische Währung einzuführen mit einer koordinierten Abstimmung finanz- und wirtschaftlicher Leitlinien, mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und vor allem mit einer unabhängigen Europäischen Zentralbank nach dem Muster der deutschen Bundesbank. In unsicheren Zeiten hat sich der Euro als Stabilitätsanker bewährt und er wird es auch in Zukunft tun!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Neuer Rechtsrahmen für das Umweltstrafrecht

Die Europäische Union erlässt strafrechtliche Bestimmungen zur Ahndung von Umweltrechtsverstößen. Das Parlament stimmte einem entsprechenden Richtlinienvorschlag zu, nachdem in einem informellen Trilog, den der Berichterstatter und stellvertretende EVP-ED-Fraktionsvorsitzende Hartmut Nassauer (CDU) für das Parlament geführt hat, eine Einigung zwischen Rat, Parlament und Kommission erzielt wurde. Der Kompromiss stellt klar, dass die Europäische Union die strafbaren Handlungen definiert, den Mitgliedstaaten aber vorbehalten bleibt, Strafrahmen und Strafarten festzulegen. In den Verhandlungen konnte außerdem durchgesetzt werden, dass nur Verstöße gegen ausdrücklich im Einzelnen festgelegte Umweltgesetze strafbar sind und Bagatelldelikte von der Strafbarkeit ausgenommen ist.

Zukunft der EU- Antidiskriminierungspolitik

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wendet sich gegen eine Ausweitung der Antidiskriminierungsgesetzgebung auf europäischer Ebene. Zugleich müsse aber die Diskriminierung von Behinderungen konsequent unterbunden werden. Am Mittwoch stimmte das Europäische Parlament über einen Bericht über Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung ab. Der stellvertretende Vorsitzende des Beschäftigungsausschusses, Thomas Mann (CDU) sowie Anja Weisgerber (CSU) sprechen sich gegen eine horizontale Rahmenrichtlinie zur Antidiskriminierung aus. Eine allgemeine Ausweitung der Antidiskriminierungsgesetzgebung der Europäischen Union könne nicht das Ziel sein. Zuvor sollten die bestehenden Regelungen genutzt werden. „Eine pauschale Ausweitung der Antidiskriminierungsgesetzgebung bringt einen enormen bürokratischen Aufwand für Bürger und Unternehmen, der in keinem Verhältnis zum Nutzen steht“, so die christdemokratischen Abgeordneten. Die geltenden EU-Rechtsvorschriften verbieten Diskriminierungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Ausrichtung im Bereich der Beschäftigung, Beruf oder Berufsbildung. Diskriminierungen aufgrund der Rasse sind zudem in den Bereichen Sozialschutz und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen untersagt.

Statistikanforderungen für Landwirte

Kritisch sieht die CDU/CSU-Gruppe zwei Berichte aus dem Landwirtschaftsausschuss, über die das Plenum am 21.05.2008 abgestimmt hat. Zum einen sollen die Daten über Fleisch- und Viehbestandsstatistiken neu geregelt werden. Der zweite Bericht betrifft Erhebungen über Betriebsstrukturen und Produktionsmethoden. In den Verhandlungen mit dem Ministerrat konnten zwar wichtige Vereinfachungen für die Landwirte durchgesetzt werden, betont EVP-ED-Mitglied Elisabeth Jeggle (CDU). Allerdings seien die Statistikanforderungen nach wie vor zu hoch, der Verwaltungsaufwand durch den Informationsgewinn nicht zu rechtfertigen. Um keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für Landwirte zu verursachen, sollten statt neuer statistischer Erhebungen bereits bekannte Daten genutzt werden. Jeggle: „Landwirte dürfen nicht mit noch mehr Formularen belastet werden. Die bereits vorhandenen Informationen müssen genutzt werden, um einen unnötigen bürokratischen Verwaltungsaufwand zu verhindern“. Die von der Kommission geforderten Daten betreffen zum Beispiel die Besitzverhältnisse eines Landwirtschaftsbetriebs, dessen Größe und Produktion, sowie Angaben über Umfang des Viehbestands.

Türkei-Fortschrittsbericht

Nach dem entsprechenden Fortschrittsbericht der EU-Kommission nahm das Europäische Parlament seine Bewertung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor. EVP-ED-Mitglied Elmar Brok (CDU): „Der vorliegende Bericht benennt deutlicher denn je die noch immer bestehenden Defizite in der Türkei und fordert Ankara klar auf, den langsamer gewordenen Reformprozess zu intensivieren“. Auch sei es der Türkei trotz einiger eingeleiteter Reformen nicht gelungen, diese tatsächlich mit Leben zu füllen. „Es reicht nicht aus, wenn Reformansätze nur auf dem Papier stehen. Deshalb wurde die türkische Regierung in dem vorliegenden Bericht erneut aufgefordert, vor Ende des Jahres konkretere Reformschritte als bisher einzuleiten“. Kritik übt der Bericht vor allem an der Änderung von Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches. Die von der türkischen Regierung eingeleitete Änderung sei „nur ein erster Schritt“. Brok: „Die von der Regierung in Ankara eingeleitete Ab-

änderung des Paragraphen, „nur“ noch die Beleidigung der Türkei unter Strafe zu stellen, ändert überhaupt nichts an dessen Substanz. Dies zeigt deutlich, dass die Türkei auf vielen Gebieten noch gar nicht begonnen hat, sich ernsthaft auf europäischen Standards zuzubewegen“. Weitere Defizite der Türkei seien der Stillstand in der Zypernfrage, sowie die türkische Weigerung einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Armenier.



Perspektiven für die junge Generation und die Ziele und Gründe der europäischen Zusammenarbeit - Das sind Themen die zahlreiche junge Menschen interessieren. Darüber und über weitere aktuelle Fragen, wie den Türkeibeitritt, diskutierte Reimer Böge mit Mitgliedern vom "Leo Club Alsterquelle", der Jugendorganisation von Lions, anlässlich einer Veranstaltung des Lions Club Kaltenkirchen am 10. April 2008 in Henstedt-Ulzburg.

(Bild: eigene Webseite)

Pressemitteilungen:

1.) Neue EU-Strategien zur Ernährungssicherung zwingend erforderlich

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch über die in der französischen Präsidentschaft anstehenden Fragen der Agrar- und Haushaltspolitik sind in Straßburg der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments Reimer Böge (CDU) und der französische Landwirtschaftsminister Michel Barnier zusammengetroffen. Wie Böge dazu sagte, habe man eingehend über den "Health Check" in der Agrarpolitik und die Umsetzung des Lissabon Vertrages gesprochen. Es seien auch die kurzfristigen und langfristigen Strategien zur europäischen und globalen Ernährungssicherung, der Stabilisierung der internationalen Agrarmärkte und eines künftigen Risikomanagements erörtert worden. Böge teilte weiter mit, dass er den Minister auch gebeten habe, im Rat über die volkswirtschaftlichen- und Verbraucherkosten einer Verweigerung von wirtschaftlichem und technologischem Fortschritt zu diskutieren. Eine generelle Ablehnung von gentechnisch veränderten Organismen, eine über echten Verbraucher- und Nachhaltigkeitsschutz hinausgehende Diskriminierung des Einsatzes einzelner Produktionsmittel (Dünger und Pflanzenschutz) gefährde die Chancen künftiger "Grüner Revolutionen". Diese seien angesichts der offenkundigen Probleme in vielen Entwicklungsländern dringend erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung, ihre innerstaatliche Stabilität und die Zukunftsfähigkeit der nationalen Landwirtschaften sicherzustellen. Angesichts der wachsenden Nachfrage, der Verknappung von Land und Wasser benötige man züchterischen und technischen Fortschritt, um auf Dauer die Welt zu ernähren. "Am

Ende würde der Verbraucher die Kosten einer Verweigerungsstrategie in Form von Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln bezahlen müssen. Aber noch haben wir die Möglichkeit gegen zu steuern", teilte Böge abschließend mit.

Das Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg. Hier tagt das Plenum des Europäischen Parlaments als einzige direkt von den knapp 492 Millionen Europäischen Bürgern direkt gewählte europäische Institution

(Bild: EVP-ED)



3.) Europäisches Parlament sichert 3,5 Milliarden Euro für die EU-Strukturfonds und die ländliche Entwicklung

Heute (21.05.2008) hat das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg den Berichtigungshaushaltsplan Nr.2 für den Kommissionshaushalt 2008 angenommen. Gemäß der Haushaltsordnung kann die Kommission unter „unvermeidlichen, außergewöhnlichen oder unvorhersehbaren Umständen“ Vorentwürfe von Berichtigungshaushaltsplänen vorlegen. Dies war nun der Fall, da gemäß Artikel 26 der "Durchführungsbestimmungen zur Haushaltsordnung" Informationen über die Ausführung des Haushaltsplans vorlagen, die erwarten ließen, dass bereitgestellte Mittel des vorangegangenen Haushaltsjahres 2007 nicht, wie eingeplant, vollständig abgerufen worden waren.

Bei diesem Minderverbrauch an Geldern im Jahr 2007 handelte es sich um insgesamt 3,525 Milliarden Euro, die sich aus Mitteln der Teilrubrik 1b (Strukturpolitik) und der Rubrik 2 (ländliche Entwicklung) zusammensetzten. Ursache dafür, dass die Gelder 2007 nicht vollständig abgerufen werden konnten, waren Verzögerungen bei der Programmumsetzung im ersten Jahr des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013. Die Kommission hatte offenkundig insbesondere für die Genehmigung der Programme der ländlichen Entwicklung sehr detaillierte Informationen verlangt. Dies führte zu einem weiteren Problem: Höhere Belastungen für das EU-Haushaltsjahr 2008. Insgesamt erhöhten sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Fischereifonds (EFF) bei den Verpflichtungsermächtigungen um 378 Mio. Euro in der Teilrubrik 1b und um 393,6 Mio. Euro in der Rubrik 2.

"Ohne unseren heute mit großer Mehrheit im Plenum verabschiedeten Nachtragshaushalt wären die Gelder von 2007 verfallen und hätten uns die 2007-Kosten der Teilrubrik 1b und der Rubrik 2 ins Haushaltsjahr 2008 begleitet", so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Reimer Böge (CDU). Weiter unterstreicht der schleswig-holsteinische Abgeordnete: "Für diesen Nachtragshaushalt hat sich besonders der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments stark gemacht und dies letztlich mit großem Erfolg." Von den jetzt gesicherten Mitteln, so Böge, würden nun 1,491 Milliarden Euro auf das Haushaltsjahr 2008 übertragen werden und weitere 2,034 Milliarden auf

spätere Jahre. "Mit Punkt 48 der Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen Rat, Kommission und Parlament war bereits Vorsorge getroffen worden, um im Falle der verspäteten Umsetzung die Regionen und Programmteilnehmer nicht im Regen stehen zu lassen. Zu detailliertes Mikromanagement ist nicht die Aufgabe der Kommission", so Böge abschließend. "Dies geht zu Lasten der Subsidiarität. Sicher müssen auch die Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung der operationellen Programme schneller werden, doch auch die Kommission muss ihre detaillierten Forderungen zurückschrauben."

Außenansicht auf das Winston-Churchill-Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg. Alle Gebäude des EPs sind nach herausragenden Persönlichkeiten der europäischen Integration benannt.



(Bild: EVP-ED Gruppe)

4.) EP-Präsidium folgt Empfehlungen des Haushaltsausschusses und des Rechnungshofes

Der Vorsitzende des EP-Haushaltsausschusses, Reimer Böge (CDU), hat die Beschlüsse des Präsidium des Europäischen Parlaments zur Anpassung der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut sowie zur Reform der künftigen Beschäftigung von Assistenten einschließlich eines möglichen Assistentenstatuts begrüßt. "Mit diesen Beschlüssen ist das Präsidium den Empfehlungen des EU-Rechnungshofs gefolgt und hat die entsprechenden Plenarbeschlüsse vom Oktober 2007 und vom April 2008 umgesetzt", erklärte Böge heute in Straßburg. Die neuen Assistentenregelungen sehen unter anderem vor, die Arbeitsverträge der persönlichen Mitarbeiter der Abgeordneten zertifizierten Dienstleistern zu übertragen, die auf die damit verbundenen komplizierten Fragen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Abrechnung von Steuern und Sozialabgaben spezialisiert sind, um mögliche Fehlerquellen abzustellen.

Terminauswahl:

19.04.	Landesverband der Frauenunion, Rendsburg
25.04.	CDU Ortsverband, Stockelsdorf
05.05.	Deutsche Reiterliche Vereinigung, Aachen
06.05.	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
06.05.	Treffen mit Vertretern des deutschen Wirtschaftsclubs Budapest, Brüssel
06.05.	Treffen mit dem deutschen Botschafter Dr. Duckwitz, Brüssel
07.05.	Meinungsaustausch mit dem hessischen Ministerpräsident Roland Koch, Brüssel
08.05.	Veranstaltung der Europa-Union zum EU-Haushalt, Hamburg
14.05.	Treffen mit Wolfgang Götz, derzeitiger Koordinator der EU-Agenturen, Brüssel
16.05.	Fachtagung CDU-Landesarbeitskreis Umweltpolitik, Bad Bramstedt
	Treffen mit dem Finanzausschuss des französischen Senats, Straßburg
23.05.	Gespräche in Paris: Treffen des Vorstands des Haushaltsausschusses mit Vertretern der französischen Nationalversammlung und des Senats, sowie mit Regierungsvertretern (Finanz-, Landwirtschafts-, und Europaminister) zur Vorbereitung

	der französischen Präsidentschaft
28.05.	Trilogsverhandlungen mit Rat und Kommission zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
28.05.	Treffen mit estnischen Parlamentarischen Ausschüssen, Brüssel
28./29.05.	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
05.06.	Treffen mit Landwirtschaftsminister Seehofer, Berlin
13.06.	Vortrag beim Deutschen Holzhandelstag, Lübeck

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>

**Neu auf der Webseite:
Reimer Böge
zu aktuellen
Themen (als Video)**